

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Druck-Verlag: Amt Dresden Nr. 31.902
in. Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Zust.-Kont.: Elbgaupresse Dresden, Postfach Nr. 608
Postgeb.-Kont.: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpönitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Deper & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Gründung: 1890 mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6spaltige Pelti-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet. Reklamen die 4 spaltige Zeile mit 30 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Scharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Abbestellungspreis: 5. Verpöbl. Zahlung, Frage od. Konturs d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

Nr. 25

Freitag, den 30. Januar

1925

Die Beziehungen Barmats zu Sachsen

Dr. Gradnauer wird vom Untersuchungsausschuß in der Barmataffäre vernommen. — Lieferungsverträge auf Lebensmittel zwischen der sächsischen Regierung und Barmat. — Sachsen erleidet durch die Verträge finanzielle Verluste. — Krügers Ueberschreitung seiner Befugnisse bringen Ebert in ein schiefes Licht.

Der Barmat-Untersuchungsausschuß

Der Fortschritt der Untersuchung im Barmat-Ausschuß des preussischen Landtages brachte gestern Abend die Befragung des sächsischen Senators Dr. Gradnauer.

Dr. Gradnauer erklärte: Ich bin von der sächsischen Regierung beauftragt, hier zu erklären, daß die der Regierung ist, daß einem Ausschuss des preussischen Landtages das Recht, sächsische Beamte vor sein Forum zu ziehen, nicht zusteht. Ich habe gleichwohl den sächsischen Ministerpräsidenten um die Genehmigung gebittet, hier antworten zu dürfen und diese Genehmigung erhalten. Dr. Gradnauer ist soeben einen ausführlichen Uebersicht über die Verhältnisse seiner Bekanntschaft mit Barmat. Während ich in Sachsen so führte er etwa aus, die Geschichte des Handelsministeriums verwickelte, waren

die Sorgen um die Ernährung Sachsens ganz besonders groß. Wirtschaftsminister Schwarz sagte mir einige Zeit später, daß die Sache leicht zu erledigen sei.

Daß er den Versuch machte, ausländische Firmen zu gewinnen, die dem sächsischen Staat Lieferungsverträge an Lebensmitteln zur Verfügung stellen könnten.

Ich habe dieses Verfahren abgelehnt. Für den Bezug großer Mengen von Lebensmitteln aus dem Auslande kamen damals nur zwei große Firmen in Frage. Die Barmatische Firma stellte die sämtlichen Bedingungen, so daß ihr der Auftrag erteilt wurde.

Da ich die Ernährungsfrage inwärtlich besorgte, hat der sächsische Staat an diesem Lieferungsvertragsverhältnis Einbuße erlitten.

Aus diesen Umständen kenne ich die holländische Firma Barmat, wußte aber damals noch nicht, daß Barmat ihr Inhaber sei. Mit Barmat selbst bin ich bekannt geworden durch einen amtlichen Auftrag den mir Wirtschaftsminister Schwarz Anfang 1921 erteilte und der darauf hinlief.

Daß ich mit Vertretern der sächsischen Industrie eine Reise nach Brüssel unternahm und dort mit Barmat zusammentraf, sollte.

Wir wollten dort versuchen, Ablass für die sächsische Industrie in Belgien zu finden. Auf meine Frage, warum man zu diesem Geschäft Herrn Barmat als Amsterdamer Mittelmann brauche, wurde mir geantwortet: Wir können in Belgien keine Kontakte haben, vorwärts zu kommen, wenn wir nicht einen solchen Mittelmann bringen, denn die Abstammung in Belgien ist noch zu groß.

Die Industrie-Organisationen sollten an Barmat verhandeln und von diesem belgischen Intercessoren überlassen werden.

Barmat hatte bereits eine Filiale in Brüssel eingerichtet, außerdem wurde Barmat für dieses Geschäft verwendet weil von ihm gelangt worden war, er verfüge über besonders gute Beziehungen zu belgischen Industrie und Regierung.

Die Verhandlungen in Brüssel führten jedoch zu keinem Ergebnis.

Die Belagerer boten uns Freie, mit denen wir nicht einverstanden sein konnten. Als ich später in Berlin war, bin ich auf Grund unserer Bekanntschaft aus Brüssel von Barmat einige Male eingeladen worden und auch bei ihm gewesen. Ich habe dort, angelegene Persönlichkeiten des An- und Auslandes gesehen und überläßt auch in Privatgesprächen mit Barmat seinen schiefen Eindruck von ihm bekommen. Er habe nie irgend etwas vernommen, was bei ihm hätte die Vorstelluna haben können, daß es sich um einen abel bekundete Leute gehandelt hätte. Aus diesem Grunde habe er auch die Empfehlung für Barmat an die Preussische Staatsbank geschickt. Die Warnungen der Deutscher Handelskammer und des General-

Das preussische Zentrum entschieden gegen eine Rechtskoalition

Ministerpräsidentenwahl doch schon heute?

Während die Rechtspresse weiterhin der Meinung ist, daß die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landtag heute nicht stattfinden werde, sind die „Germania“, das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ der Ansicht,

daß eine weitere Annäherung der Wahl nicht erfolgen werde.

Die letztgenannten Blätter behaupten, daß die drei bisherigen Koalitionsparteien — Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten — dahin übereingekommen seien, daß der preussische Ministerpräsident heute gewählt werden müsse. Die drei Parteien würden deshalb gegen einen Vertagungsantrag stimmen. Eine Annahme des Vertagungsantrages könne also nur erfolgen, wenn außer den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei auch die Kommunisten dafür stimmen würden.

Ueber den Verlauf der gestrigen Fraktionsberatung des preussischen Zentrums weiß die „Germania“ zu berichten, daß die Fraktion zu einer einheitlichen Auffassung über

die Lage gekommen sei. In dem Standpunkt der Fraktion habe sich nichts geändert.

Sie werde sich unter keinen Umständen an einer Rechtsregierung beteiligen oder einem der Reichsregierungen ähnlichen Gebilde in Preußen die Hand reichen.

Von anderer Seite wird uns hierzu berichtet: Die Sozialdemokraten und die Demokraten haben sich noch in letzter Stunde dazu entschlossen, auf der sofortigen Neuwahl des Ministerpräsidenten zu bestehen, und zwar wollen sie für den Zentrumskandidaten Dr. Sorrius aus Düsseldorf stimmen, von dem sie erwarten, daß er eine Regierung der bisherigen Koalition bilden wird. Das Zentrum selbst hat den Entwurf zu einer Resolution aufgestellt, die ebenfalls erst kurz vor Beginn der Landtagsitzung zur Abstimmung gelangen kann. In dieser Resolution soll die Beteiligung an einer Rechtsregierung nachdrücklich abgelehnt und die Wiederherstellung einer Regierungskoalition gefordert werden. Inzwischen scheint man sich im Lager der Rechtsparteien dahin geeinigt zu haben, einen völksparteilichen Kandidaten als Kandidaten für die Ministerpräsidentenwahl aufzustellen.

Legation in Amsterdam habe er nicht gekannt.

Der Fortschritt der Untersuchung brachte dann als wichtiges Moment noch die Beteiligung des Staatssekretärs Reichner, des Leiters des Bureaus des Reichspräsidenten, der Aufklärung auch sollte über das Verhältnis des Reichspräsidenten Ebert zu den Barmats.

Nach seinen Angaben waren im Mai 1919 in Amsterdam bei einem internationalen Sozialistenkongress führende deutsche Sozialdemokraten mit Barmat persönlich bekannt geworden. Am Anschluß daran kam mit einem vom Generalkonsulat Amsterdam erteilten kurzen Bium Barmat nach Berlin und wurde bei dieser Gelegenheit Herrn Ebert vorgestellt und von ihm noch ein- oder zweimal empfangen. In den Akten, auf die Staatssekretär Reichner seine Auskünfte stützt, befindet sich die Abschrift eines Telegramms von Barmat, gerichtet an Herrn Weß vom sozialdemokratischen Parteivorstand, in dem es heißt:

„Verständigt Reichspräsidenten, daß wegen meines Tauerlums dieses Konsulat noch nicht inkuriert. Denke nächste Woche wieder nach Berlin zu reisen. Gruß für Sie und Müller.“ (Mit Müller ist der gegenwärtige Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Abgeordnete Müller-Frank, gemeint.)

Dieses Telegramm, das dem Reichspräsidenten von Weß persönlich übergeben wurde, wurde dann durch die Geschäfte des Bureaus geleitet. Es ist eine Heiligtumsnotia des Reichspräsidenten: „Das Auswärtige Amt hat neulich mitgeteilt, daß Barmat Bium auf längere Zeit erhalten solle. Wünsche, daß Barmat im Ossa noch einmal erlucht wird.“ Dieses Telegramm ist dann an den Referenten mit dem Auftrag, im Auswärtigen Amt festzustellen, was dort über Barmat bekannt war. Der Referent erfuhr dabei, daß im Mai 1919, nichts Bestimmtes gegen Barmat vorliege. Unter dem 25. März 1919 schreibt Ebert, daß an dem Herrn Weß und einem längeren Aufenthalt Barmats Interesse bestehe. Das Auswärtige Amt veranlaßte dann die Ausfertigung eines Tauerlums.

Weiter bringt Staatssekretär Reichner vor, daß der inwärtlich verordnete sozialdemokra-

tische Landtagsabgeordnete Krüger, der im Bureau des Reichspräsidenten beschäftigt war, Gesandte nach Amsterdam mit Barmat als Dienstreisende geschickt habe. Der Reichspräsident habe sich dagegen gewandt und Krüger seine Mißbilligung ausgedrückt.

Die Nachforschungen haben ergeben, daß in mehreren Fällen Krüger ohne jeden Auftrag und entgegen dem Willen des Reichspräsidenten für Barmat Empfehlungen ausgesprochen oder für ihn Aufträge auf Ausfertigung von Bium erteilt habe.

Herr Brund (D.N.) weist dann darauf hin, daß die Mitteilungen des Staatssekretärs Reichner in einzelnen Punkten dem Dementi aus dem Bureau des Reichspräsidenten widersprechen, in dem man feststellte, daß der Reichspräsident niemals die Ausfertigung eines Biums für Barmat oder einen seiner Angehörigen angeordnet oder veranlaßt habe. Nach den Ausfertigungen des Staatssekretärs stehe aber fest, daß auch der Reichspräsident eigenhändig auf ein Telegramm, das nachher dem Auswärtigen Amt auslief, einen Vermerk gemacht habe, in dem er sich dafür einsetze, daß Barmat ein Bium ausgehändigt wurde.

Staatssekretär Reichner erklärte dazu, daß seine Feststellungen erst gestern und heute gemacht worden seien, also noch nicht in die Welt seien, in der man das Dementi an die Presse gab.

Ein kommunistischer Abgeordneter weist dann auf die Angaben hin, daß die Grenzempfehlung für die Barmats den Stempel des Reichspräsidenten trug. Hieran erklärt Herr Decker (D.N.), daß er nicht die Uebersetzung habe, daß Krüger unter Mißbrauch seiner Stellung Krüger benutzt habe. Der Referent legt Wert auf die Feststellung, daß Krüger das in Frage kommende Schreiben mit Genehmigung des Reichspräsidenten verfaßt und abgehandelt habe. Diese Ausführungen veranlassen demokratische und Zentrumredner, festzustellen.

Daß der Reichspräsident nach den Tatsachen seines Staatssekretärs durchaus korrekt gehandelt habe.

Unterstaatssekretär Köpfer vom Auswärtigen Amt erklärt, daß er Julius Barmat nur einmal gesehen habe. Nach seiner Erinnerung

sei ihm Barmat durch den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Deilmann empfohlen worden.

Der Ausschuss wendet sich dann der Frage der Durchreise der Familie Barmat im Jahre 1920 durch deutsches Gebiet an. Die Durchreise erfolgte seinerzeit auf eine Empfehlung des damaligen sozialdemokratischen Reichskanzlers Gustav Bauer. Der preussische Innenminister Severina teilt hierzu mit, daß dem preussischen Innenminister von dem damaligen Reichskanzler Bauer die Bitte auslief, sich dafür zu interessieren, daß die Familie Barmat von der holländischen Gesandtschaft auf einer Durchreise von Russland durch Preußen nach Holland keinerlei Schwierigkeiten gemacht würden. Dem preussischen Innenminister war bekannt, daß die Barmats keine holländischen Staatsangehörigen und die holländischen Konsulen unzutreffend waren. Der dann vernommene

ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer

sagt an, es habe sich weder um eine politische, noch um eine gewöhnliche Aktion, sondern um eine rein menschliche Angelegenheit gehandelt. Er habe durch seine Bitte an den Innenminister Severina vermeiden wollen, daß die preussischen Behörden den Barmats Schwierigkeiten beim Grenzübergang machten. Wie die solche Angelegenheiten beim Reichspräsidenten zur holländischen Gesandtschaft enthielten sei, könne er sich nicht erklären. Er habe keinesfalls eine solche Angelegenheit gemacht. Von Seiten eines demokratischen Abgeordneten wird dann noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Barmats in Holland in Verlegenheit durch den Reichspräsidenten, darunter auch des Reichspräsidenten, zu befinden.

Die Arbeiten des Ausschusses gehen sich bis in die Nachstunden hin.

Die Affäre der preussischen Pfandbriefanstalt

Zu den Vorgängen in der preussischen Pfandbriefanstalt, die den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse in den letzten Wochen mehrfach beschäftigt haben, wird durch den amtlichen preussischen Pressedienst mitgeteilt: Es ist richtig, daß die Landes-Pfandbriefanstalt, eine vom Staat ins Leben gerufene öffentlich-rechtliche Anstalt, in zwei Einzelfällen verfügbare Gelder zwar mit ausreichender Dedung, aber in sachungswidriger Weise angelegt hat. Der in erster Linie hierfür verantwortliche Hauptgeschäftsführer ist nach Bekanntwerden der Vorgänge unverzüglich aus dem Amt geschieden. — Die Möglichkeit einer vorübergehenden Nichtflüssigmachung, die einige Schwierigkeit, die überhaupt in Frage kommen konnte, ist durch die bindende Zusage eines langfristigen Darlehens ausgeschlossen. Verluste sind nicht eingetreten. Das Pfandbriefgeschäft ist in keiner Weise beteiligt. Die Beträge der umlaufenden Pfandbriefe sind durch sachungsmäßige Hypotheken stark überdeckt.

Das Zentrum und die Verfassungsfrage

Die während der Regierungserklärung von Reichskanzler Dr. Luther in Aussicht gestellten Zweckmäßigkeit-Reformen der Weimarer Verfassung bilden gegenwärtig den Gegenstand sehr lebhafter Erörterungen innerhalb der parlamentarischen Kreise. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Aufhebung der Selbständigkeitsrechte der Länder, die, wie wir schon, auch im Reichsministerium des Inneren schon seit den Gegenstand eingehender Vorbesprechungen bildet. Die Zentrumswol-